

Wahlnachlese in Lettland

Von Axel Reetz

Das Wahlergebnis in Lettland erlaubt auf den ersten Blick den Schluss, es habe eine Konsolidierung der Parteienlandschaft stattgefunden. Seit 1993 sind nie mit drei größeren und zwei kleineren Fraktionen nur fünf politische Kräfte in das Parlament eingezogen. Die Mandatsverteilung erlaubt rein rechnerisch außerdem erstmals eine Koalitionsbildung aus nur zwei Partnern in drei verschiedenen Kombinationen. Gleichzeitig haben die Parteien der bisherigen Minderheitsregierung von Valdis Dombrovskis einen überzeugenden Sieg errungen und verfügen in der 10. Saeima über die satte Mehrheit von 63 der 100 Mandate. Trotzdem ist die Regierungsbildung schwierig. Ursächlich dafür, ist das Wahlergebnis im Detail.

Dank des Wahlsystems mit lose gebundenen Listen stimmt das Wahlvolk nicht nur ab, welche Parteien in das Parlament einziehen, sondern bestimmen auch die Zusammensetzung der Fraktionen. Alle fünf politischen Kräfte, welche die 5 Prozent-Hürde überwunden haben, sind Parteikoalitionen, innerhalb derer durch die Wähler die Kräfte gründlich neu verteilt wurden.

Die konservativ-nationale „Alles für Lettland“ / „Für Vaterland und Freiheit/LNNK“ wird nun von ersterer, bislang bald als rechtsradikal eingestuft, Partei mit sieben der acht Abgeordneten dominiert. Obwohl Ministerpräsident Dombrovskis anfangs vorgab, darin kein Problem zu sehen und die Reputation der Liste in Europa als deren eigene Aufgabe bezeichnete, gab es tagelang Gerüchte über Missfallensäußerungen vom Präsidenten und Botschaften westlicher Länder über eine Regierungsbeteiligung. Diese Gerüchte betreffen auch die Einstellung gegenüber dem als „russische“ Partei geltenden „Harmoniezentrum“, welches angeblich nicht mehr ausgegrenzt werden sollte.

Somit verfügen einerseits die Regierungsfaktionen „Einigkeit“ des Regierungschefs und die Union aus „Grünen“ und „Bauern“ allein bereits über die absolute Mehrheit von 55 Sitzen, was angesichts der in Lettland traditionell instabilen Fraktionen

als zu wenig gilt. Die zwei erwähnten potentiellen Partner schließen einander nach bisheriger Lesart der lettischen Innenpolitik aus.

Die Partei des Ministerpräsidenten zeigte sich zunächst offen gegenüber einer Beteiligung des Harmoniezentums an der Macht. Dabei wurde zunächst an parlamentarische Zusammenarbeit gedacht – bislang monopolisieren die Regierungsfaktionen auch die parlamentarischen Positionen. Dombrovskis schlug schließlich vor, man könne der Partei gar ein Ministerium anbieten. Doch auch in der Einigkeit haben sich die Kräfte verschoben. Nicht mehr die „Neue Zeit“ Dombrovskis' ist tonangebend, sondern ihre konservativere Abspaltung Bürgerliche Union.

Es ist darum kein Wunder, dass seit dem Wahlsamstag aus den verschiedenen Parteizentralen wie auch von einzelnen Politiker ein Hin und Her zu hören ist über eventuelle Kombinationen. Der Regierungschef versuchte, dem Dilemma mit einem Verhandlungsangebot an vier Partner zu entkommen. Damit war die Idee eines 2+2 geboren. Parteifreundin Solvita Abolīņa ließ sich zu dem Kommentar hinreißen, dies sei eine historische Lösung. Aigars Štokenbergs von der „Gesellschaft für eine andere Politik“, die ebenfalls in der Einigkeit integriert ist, sprach vom Modell eines geeinten Lettlands. Und der Parteienwanderer Ģirts Valdis Kristovskis bekannte, dies werde den Wählern nicht einfach zu erklären sein, doch er stelle sich dieser Aufgabe.

Während über die ebenfalls acht Mandate umfassende Fraktion „Für ein gutes Lettland“, die Hochzeit von Andris Šķēle und Ainārs Šlesers, zwei der bisherigen grauen Eminenzen der lettischen Politik, bislang niemand in die Rechenspiele einbezog, würde das 2+2 Modell bedeuten, dass die Regierung über 92 der 100 Mandate verfügen würde und „Für ein gutes Lettland“ die einzige Opposition darstellte. Dies hielt Imants Paradnieks von „Alles für Lettland!“ für unreal und unangemessen in einer parlamentarischen Demokratie. Er warf Dombrovskis vor, Spielchen zu spielen.

Tatsächlich richtete Dombrovskis sein Angebot an die genannten Kräfte

te, verlangte aber vom Harmoniezentrum eine Anerkennung des Faktums der Okkupation und einen Verzicht auf die Forderung nach Russisch als zweite Amtssprache, während das Harmoniezentrum auf Verhandlungen ohne Vorbedingungen bestand. Dombrovskis Schritt ist wohl auf Uneinigkeit innerhalb der Einigkeit zurückzuführen. Politikerinnen wie Janīna Kursīte, Ilma Cepāne und Ina Druvieta hatten ihre Verwunderung über eine Zusammenarbeit mit dem Harmoniezentrum zum Ausdruck gebracht, während Kristovskis versprach, die Einigkeit werde sich von westlichen Werten nicht entfernen und über diesen Konflikt nicht zerbrechen. Während der Politologe Ivars Ijabs kommentierte, dass sich Wahlkoalitionen vor der Wahl in solchen grundlegenden Fragen einigen

sollten, zeigte sich der Chef des demoskopischen Instituts SKDS, Arnis Kaktiņš, überzeugt, dass hier formelle Gründe vorgeschoben worden seien. Nachdem das Harmoniezentrum auf die beiden Forderungen Dombrovskis' nicht eingegangen war, erklärte dieser, die Partei wolle nicht an den Verhandlungen teilnehmen. Für Katiņš hingegen wurde eine Chance vertan, eines der wichtigsten Themen der Gesellschaft anzugehen, die ethnische Spaltung. Anstelle eines Versuchs einer Mehrheitsregierung mit 55 Mandaten, die mal mit den „Nationalisten“ mal mit der „russischen Kraft“ zusammenarbeitet und eventuell im Sinne von Katiņš einen Dialog hätte herbeiführen können, wird wohl nun eine Koalition der bisherigen Partner gebildet werden. Trotzdem bleiben die Abgeordneten der „Alles für Lettland!“ für ei-

ne westlich orientierte Regierung Dombrovskis unsichere Kantoni-
sten. Und so verwundert es nicht, dass auch Kristovskis davon ausgeht, dass die Zusammenarbeit mit dem Harmoniezentrum wieder auf die Tagesordnung kommt. Paradnieks ist auf der einen Seite zwar zuzustimmen, dass 92 von 100 Sitzen als Regierungsmehrheit erdrückend und in parlamentarischen Demokratien ungewöhnlich sind. Auf der anderen Seite sind aber noch andere Dinge in Lettland ungewöhnlich. Das Parteiensystem verharrt in einer ethnischen Spaltung und spiegelt die sozio-ökonomische Struktur nicht wider. Eine nicht nur große, sondern extrem breite Koalition hätte durch Abspaltungen bei den regierenden Kräften eventuell eine Umgruppierung in diesem Sinne fördern können.